Berlin, 10. Dezember 2020

bdeu
Energie. Wasser. Leben.

**BDEW Bundesverband
der Energie- und
Wasserwirtschaft e. V.**
Reinhardtstraße 32
10117 Berlin

www.bdeu.de

Positionspapier

Umsetzung der Speicherdefi- nition und des Doppelbelas- tungsverbots aus der Strom- binnenmarktrichtlinie in na- tionales Recht

Autor: Gunnar Wrede

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Berlin, und seine Landesorganisationen vertreten über 1.900 Unternehmen. Das Spektrum der Mitglieder reicht von lokalen und kommunalen über regionale bis hin zu über-regionalen Unternehmen. Sie repräsentieren rund 90 Prozent des Strom- und gut 60 Prozent des Nah- und Fernwärme- absatzes, 90 Prozent des Erdgasabsatzes, über 90 Prozent der Energienetze sowie 80 Prozent der Trinkwasser-Förderung und rund ein Drittel der Abwasser-Entsorgung in Deutschland.

1. Zusammenfassung

In Bezug auf „Energiespeicher“ sind die Vorgaben der Richtlinie (EU) 2019/944 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 (BMRL) bis zum Jahresende 2020 in nationales Recht umzusetzen. Dies gilt auch und insbesondere für die Begriffsdefinitionen.

Die geltenden Gesetze und Verordnungen enthalten bereits eine Reihe teils technologiespezifischer Ausnahmetatbestände, die z. B. der Entgeltbefreiung unterschiedlicher Energiespeichertechnologien eine rechtliche Basis geben. Die Netzentgeltbefreiung gemäß § 118 Abs. 6 EnWG sowie die Befreiung von der EEG-Umlage gemäß § 61 I EEG 2017 sind dafür beispielhaft.

Klare Regulatorische Vorgaben für den Umgang mit dem Prozess der Energiespeicherung und Energiespeichern aus gesamtenergetischer Sicht und aus Sicht des Stromsektors, z. B. im Tarifgefüge, sollten gesetzlich geschaffen werden und müssen allen in der Richtlinie genannten Anforderungen entsprechen. Bei der Ausgestaltung ist darüber hinaus Art. 18 Abs. 1 der Verordnung (EU) 2019/943 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 (BMVO) zu beachten, der noch einmal klarstellt, dass Speicher gegenüber Erzeugungsanlagen nicht benachteiligt werden dürfen. Zudem darf weder zwischen einzelnen Energiespeichertechnologien noch zwischen Neu- und Bestandsanlagen, sondern eher danach unterschieden werden, ob die eingespeicherte elektrische Energie im Stromsektor verbleibt oder an einen Letztverbraucher geliefert und dort final aus dem Stromsektor entnommen wird. In keinem Fall sollte dem Wettbewerb der einzelnen Speichertechnologien untereinander durch gesetzgeberische Eingriffe vorgegriffen werden. Dazu gehören auch Art. 15 Abs. 2 e, wonach aktive Kunden einen angemessenen Beitrag zu den Systemkosten tragen müssen, und Art. 15 Abs. 5 b BMRL, wonach aktive Kunden mit Speichern keiner doppelten Entgeltpflicht unterliegen dürfen, wenn sie Flexibilitätsdienstleistungen für den Netzbetreiber erbringen oder die Energie an Ort und Stelle verbleibt.

2. Formulierungsvorschlag für Anpassungen im EnWG

2.1 Grundlagen der Begriffsdefinitionen für Speicheranlagen und Energiespeicheranlagen

Die BMRL hat für Energiespeicheranlagen eine Reihe von meist klarstellenden Regelungen geschaffen. Neu eingeführt hat sie in Art. 36 und 54 BMRL das generelle Verbot für Netzbetreiber, Energiespeicheranlagen zu errichten und zu betreiben mit der Möglichkeit, Ausnahme genehmigungen zuzulassen. Grundsätzlich regelt die BMRL nur die regulatorischen Belange solcher Anlagen, die an das Stromnetz angeschlossen sind. Die Gasbinnenmarktrichtlinie trifft z. B. andere, abweichende Regelungen. Die Begriffsdefinition in der BMRL erfasst allerdings auch Anlagen an der Schnittstelle zwischen dem Stromsektor und anderen Sektoren.

So definiert die BMRL in Art. 2 die Begriffe der „Energiespeicherung“ und der „Energiespeicheranlage“.

Art. 2 Nr. 59 BMRL „**Energiespeicherung**“ im Elektrizitätsnetz die Verschiebung der endgültigen Nutzung elektrischer Energie auf einen späteren Zeitpunkt als den ihrer Erzeugung oder die Umwandlung elektrischer Energie in eine speicherbare Energieform, die Speicherung solcher Energie und ihre anschließende Rückumwandlung in elektrische Energie oder Nutzung als ein anderer Energieträger;

Art. 2 Nr. 60 BMRL „**Energiespeicheranlage**“ im Elektrizitätsnetz eine Anlage, in der Energiespeicherung erfolgt.

Entsprechende Definitionen fehlen im EnWG und müssten aufgenommen werden. Möglich wäre eine wörtliche Übernahme in das EnWG in Verbindung mit der Ergänzung einer Definition für solche Speicheranlagen, für die Befreiungstatbestände von Abgaben, Umlagen und Entgelten gelten sollen, also für den Fall, dass nicht nur die Entnahme elektrischer Energie, sondern auch eine Zwischenspeicherung und die anschließende Einspeisung in das Netz stattfindet.

Der Begriff „Speicheranlage“ ist gemäß § 3 Nr. 31 EnWG der Speicherung von Gas vorbehalten. Stromspeicher bezeichnet das Gesetz als „Anlagen zur Speicherung elektrischer Energie“, ohne sie zu definieren. Diese Definitionslücke ist im § 3 EnWG zu schließen. Auf diese „Anlagen zur Speicherung elektrischer Energie“ beziehen sich auch alle Vorgaben zur diskriminierungsfreien Behandlung und die Befreiungstatbestände, die zum Teil weitere Voraussetzungen aufstellen. „Anlagen zur Speicherung elektrischer Energie“, die Strom vom System der Versorgung mit Elektrizität beziehen und ihn zeitlich später (nach einer Zwischenspeicherung und zeitlichen Verschiebung) wieder an das System oder an einen Letztverbraucher liefern, stellen genauso wie „Speicheranlagen“ gemäß § 3 Nr. 31 EnWG aus Sicht des BDEW eine Teilmenge der „Energiespeicheranlagen“ im Sinne der BMRL dar. Diese Anlagen, im Weiteren als „Anlagen zur Speicherung elektrischer Energie im Stromversorgungssystem“ bezeichnet, profitieren bisher von Befreiungstatbeständen, die auch künftig Anwendung finden müssen, um eine Benachteiligung dieser Anlagen sowie der zwischengespeicherten elektrischen Energie im Netzentgelttarifgefüge zu vermeiden. Derartige Benachteiligungen verbieten sowohl die BMRL als auch die BMVO in Art. 18 (siehe auch Erwägungsgrund 39 der BMVO). Beispiele für solche Anlagen sind Pumpspeicherkraftwerke oder Batteriespeicher.

Aktuell werden „Anlagen zur Speicherung elektrischer Energie“ im Stromversorgungssystem regulatorisch bei der Einspeicherung als Letztverbraucher und bei der Ausspeicherung als Erzeuger betrachtet. Legt man dieses zu Grunde, wobei hier als Systemgrenze das Stromversorgungssystem anzusehen ist, wird die Energie aus regenerativen oder aus fossilen Quellen mittels Kraftwerke in elektrische Energie umgewandelt. Danach erfolgt der Transport über die Stromnetze. Im Falle der „Stromspeicherung im Stromversorgungssystem“ wird die elektrische Energie vom System der Versorgung mit Elektrizität für die allgemeine Versorgung bezogen, zwischengespeichert und anschließend nach der Lieferung und dem Transport durch das System zu dem Letztverbraucher erst dort dem Stromsektor final entnommen.

Derartige „Anlagen zur Speicherung von elektrischer Energie im Stromversorgungssystem“ sollten von regulatorischen Abgaben und auch von den Netzentgelten, die für den Letztverbrauch anfallen, insoweit befreit sein, als die Energie zur Zwischenspeicherung und anschließenden Lieferung an einen Letztverbraucher von dem System der Versorgung mit Elektrizität bezogen wird. Die Befreiung gilt dann auch für die nicht wieder aus dem Speicher entnommenen Strommengen (Eigenverbrauch des Speichers, Verbrauch der Neben- und Hilfsaggregate, Speicherverluste).

Eine Sonderform stellen sektorübergreifende Energiespeicher dar, insofern die Energiespeicherung innerhalb solcher Anlagen ohne abschließende Rückverstromung und Wiedereinspeisung der zuvor gespeicherten Energie erfolgt. In diesem Fall würde lediglich der Oberbegriff „Energiespeicheranlagen“ greifen. Findet hingegen – insbesondere mit Blick auf die Power-to-Gas- bzw. die Power-to-Liquid-Technologie – eine Rückverstromung und Wiedereinspeisung elektrischer Energie in das Netz statt, so würden solche Anlagen ebenfalls unter den Begriff „Anlagen zur Speicherung elektrischer Energie im Stromversorgungssystem“ fallen, für die Befreiungstatbestände gelten können, da es sich in diesem Fall faktisch nicht um einen Letztverbrauch elektrischer Energie handelt.

Der BDEW schlägt vor, die Begriffsdefinitionen sinngemäß aus der BMRL als Oberbegriffe zu übernehmen und hierfür die Definitionen „Energiespeicherung im Elektrizitätssystem“ und „Anlagen zur Speicherung elektrischer Energie“ im EnWG zu ergänzen. Im § 3 EnWG sollte wie folgt ergänzend definiert werden:

„Energiespeicherung im Elektrizitätssystem“ die Verschiebung der endgültigen Nutzung elektrischer Energie auf einen späteren Zeitpunkt als den ihrer Erzeugung oder die Umwandlung elektrischer Energie in eine speicherbare Energieform, die Speicherung solcher Energie und ihre anschließende Rückumwandlung in elektrische Energie.

„Anlage zur Speicherung elektrischer Energie“ eine Anlage, in der Energiespeicherung im Elektrizitätsnetz erfolgt.

2.2 Diskriminierungsfreie Ausgestaltung der Netzentgelte, Abgaben und Umlagen im EnWG und der auf dem EnWG beruhenden Verordnungen

Sowohl die Binnenmarktrichtlinie als auch die Binnenmarktverordnung sehen Regelungen vor, die sicherstellen sollen, dass Netzentgelte nicht zu einer Benachteiligung der Energiespeicherung führen. Ein durch die nationalen Vorgaben festgeschriebenes Entgeltgefüge, wonach sowohl für den Vorgang des Strombezugs zur Einspeicherung Netzentgelte, Abgaben und Umlagen erhoben werden als auch beim Letztverbrauch, würde diesen Vorgaben nicht entsprechen. Das EnWG sieht bereits Befreiungstatbestände für diese Speichervorgänge in § 118 Abs. 6 EnWG vor, die technologieneutral formuliert werden müssen. Die Sonderregelung für Pumpspeicherkraftwerke sollte daher aufgehoben werden. Pumpspeicherkraftwerke fallen nach der oben vorgeschlagenen Definition unter den Begriff „Anlage zur Speicherung elektrischer Energie“ und sollten in demselben Umfang wie übrige Speicheranlagen von den Netzentgelten befreit werden. Im Weiteren empfiehlt der BDEW die Befreiung von den Netzentgelten zeitlich

zu entfristen. Die Weiterleitung zwischengespeicherter elektrischer Energie durch das System der Versorgung mit Elektrizität stellt fortlaufend sicher, dass der Strombezug zur Zwischenspeicherung erfolgt und die elektrische Energie anschließend an einen finalen Letztverbraucher geliefert wird, der die entsprechenden Letztverbraucherabgaben und -umlagen in gesetzlicher Höhe leistet. Eine positive oder negative Diskriminierung zwischengespeicherter elektrischer Energie gemäß Art. 18 BMVO (siehe auch Erwägungsgrund 39 der BMVO) können auf diese Weise ausgeschlossen und „Anlagen zur Speicherung elektrischer Energie im Stromversorgungssystem“ entsprechend von den Netznutzungsentgelten entlastet werden.

Speicheranlagen sollten in dem Maße, in dem sie von den Netznutzungsentgelten entlastet sind, im Grundsatz auch von allen anderen Abgaben und Umlagen entlastet sein, die auf dem EnWG und den auf ihm beruhenden Verordnungen basieren. Regelungen zur Entlastung von Speichern von der Konzessionsabgabe, der § 19 Abs. 2 StromNEV Umlage sowie der Umlage für abschaltbare Lasten müssen dementsprechend umgesetzt werden. Die Entlastung sollte sich ebenso auf Baukostenzuschüsse erstrecken, soweit Speicheranlagen die Leistungsfähigkeit des Netzes stärken und das Netz damit entlasten. Schließlich gilt es, die Verhältnismäßigkeit des administrativen Aufwands zur Inanspruchnahme von Entlastungen (Art. 15 Abs. 5 c BMRL) zu gewährleisten.

Ansprechpartner

Geertje Stolzenburg
Abteilung Recht
Telefon: +49 30 300199-1513
geertje.stolzenburg@bdew.de

Gunnar Wrede
Geschäftsbereich Erzeugung und Systemintegration
Telefon: +49 30 300199-1316
gunnar.wrede@bdew.de

Constanze Hartmann
Abteilung Recht
Telefon: +49 30 300199-1527
Constanze.hartmann@bdew.de

Benjamin Düvel
Geschäftsbereich Energienetze Regulierung und Mobilität
Telefon: +49 30 300199-1112
benjamin.duevel@bdew.de